

der Reichstag bis zum nächsten Mittwoch verlagert worden. In der Zwischenzeit können die Kuppelhändler mit den Bundesratsmitgliedern die nötigen Verhandlungen anknüpfen, um ihren vollstverderblichen Steuerpufferereien den Segen der verbündeten Regierungen zu sichern. Die Chancen des Passen- und Zunkerartells haben sich unbestreitbar verbessert und es steht zu befürchten, daß es seinen Willen durchsetzt, wenn nicht noch zu guter Letzt andre Mächte eingreifen und eine andre Wendung erzwingen. Und es gibt eine Macht, die das erzwingen kann, die Macht des Volkswillens. Wenn die Massen des arbeitenden Volkes mit elementarer Gewalt sich dieser Politik der Nichtswürdigkeit widersetzen, wenn sie nicht mit sträflicher Gleichgültigkeit den Raubzug über sich ergehen lassen, dann können sie Bülow und die reaktionäre Mehrheit niederzwingen. Es gilt den Kampf gegen die politische Niedertracht und gegen die Ausplünderung des Volkes.

## Der neue Mittelstand.

Im dem Untergang des Mittelstandes wird die auffallendste Seite der zum Sozialismus führenden Entwicklung der heutigen Gesellschaft ausgedrückt. Aus der Klasse der kleinen Besitzer von Produktionsmitteln, die früher die Masse der Bevölkerung bildete, haben sich auf der einen Seite die reichen Kapitalisten erhoben, während auf der andern Seite die Hauptmasse der Massenangehörigen ins Proletariat hinabsank. Diese Klassenumwandlung machte erst den Sozialismus zu einer Möglichkeit und einer Notwendigkeit; solange die Masse des Volkes Interesse an dem Privatbesitz von Produktionsmitteln hat, ist an eine sozialistische Produktionsweise nicht zu denken.

Die Verteidiger der bürgerlichen Ordnung haben ganz gut die Gefahr erkannt, die dieser Ordnung aus dem Verschwinden des Mittelstandes erwuchs. Kein Wunder, daß sie sich eifrig ins Zeug legten, die unbedeutenliche Tatsache wegzudeckeln. Die sozialistische Lehre, daß die Mittelschichten verschwinden und daß nur eine Minderheit von reichen Kapitalisten und eine große beschlossene Volksmasse übrig bleibt, ist falsch, so sagen sie. Die Mittelschichten verschwinden gar nicht. Sie nehmen nur einen andern Charakter an. Wenn auch der alte Mittelstand der Klein- und Gewerbetreibenden verschwindet, so entsteht an seiner Stelle ein neuer Mittelstand, der aus Privatangehörigen, Technikern, Ingenieuren, den freien Berufen, den Beamten des Staates und der großen Unternehmungen besteht. Dieser neue Mittelstand schlägt eine Brücke zwischen Proletariat und Kapitalisten, sängt den scharfen Anprall der Gegensätze wie ein Bremsband auf und ist also das wertvollste Element des sozialen Friedens und der bestehenden Ordnung. Mit dieser beruhigenden Entdeckung steht die bürgerliche Ordnung wieder fest und unerschütterlich da.

Sehen wir zu. Die sozialistische Theorie behauptet gar nicht, daß die mittleren Einkommen verschwinden und daß nur die reicheren Kräfte und die faum trockenen Brot zu essen haben, übrig bleiben. Die sozialistische Theorie behauptet, daß die selbständigen kleinen Produzenten immer mehr verschwinden und daß immer mehr nur Besitzer großer Produktionsmittel und Beschlossene, d. h. Personen, die keine Produktionsmittel besitzen und vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen, übrig bleiben. Das ist etwas ganz anderes. Die Theorie handelt nicht von den Einkommen, sondern von den ökonomischen Funktionen der Menschen. Schmoller, Wagner und all jene wackeren Kämpfer, die ihnen nachplapperten, haben nur eine eigens zurechtgestutzte „sozialistische Lehre“ widerlegt, während ihre Ausführungen zugleich die wirkliche sozialistische Lehre bestätigten.

Der neue Mittelstand hat nur die Einkommensverhältnisse, aber nicht die ökonomische Funktion mit dem alten Mittelstand gemein. Ökonomisch betrachtet besteht der alte Mittelstand aus Kapitalisten, wenn auch kleinen, der gewöhnlich an diese Kneipenlust; er fand die Weite immer amüsanter und meinte, Pimento wäre in seiner Art ein recht bedeutender Mann.

Die Spieler hatten eben eine Partie beendet, deren Nummer niemand hätte sagen können, und berieten nun über die Zusammensetzung des Abendessens, das man einnehmen wollte. Augencheinlich ließ einer der Terrorolos nach; die beiden Tage, die sie mit Trinken zugebracht, waren doch nicht so spurlos an ihm vorübergegangen. Seine Augen schlossen sich, und er ließ seinen müden Kopf auf die Schulter seines Bruders sinken, der ihn dadurch zu befehlen suchte, daß er ihm unter dem Tisch wütende Tritte versetzte.

Pimento lachte in seinen Bart; einen hatte er schon untergekickelt. Und er beriet nun mit seinen Anhängern das Menu des Abendessens. Dieses Essen sollte prächtig werden. Auf Geld kam es nicht an. Auf jeden Fall brauchte er es nicht zu bezahlen. Ein Essen, das die Heldentat würdig krönte; denn an diesem Abend ging die Probe jedenfalls zu Ende.

Plötzlich erklärte wie eine Siegesfanfare, die Pimentos Triumph im voraus verkündete, das Schnarchen des jüngeren Terrorola, der platt auf dem Tische lag und jeden Augenblick von seinem Schemel zu fallen drohte, als hätte der ganze Schnaps, den er im Magen hatte, ihn auf Grund des Gesches der Schwere auf den Boden gezogen. Sein Bruder sprach davon, ihn mit Ohrseigen aufzuwecken; doch Pimento legte sich gütig, wie ein großmächtiger Sieger, ins Mittel.

Man würde ihn schon zur Stunde der Mahlzeit wecken. Dann tat er, als lege er der Weite und seiner eignen Widerstandskraft wenig Bedeutung bei, und beklagte sich, daß er an dem Abend fast gar keinen Appetit habe; er sprach von seinem Appetitmangel, wie von einem ebenso unvorhergesehenen, wie unangenehmen Zwischenfall während er doch zwei Tage lang wie ein Biß gegessen und getrunken hatte.

Ein Freund ließ nach der Schenke und brachte einen großen Kranz von roten Pimenten mit. Das würde ihm den Appetit wiedergeben. Dieser Spaß erregte lautes Gelächter, und Pimento bot, um die Zuschauer immer mehr und mehr zu verblüffen, diesen Teufelsraub dem Terrorola, der noch standhielt. Dieser begann das scharfe Gewürz mit derselben Gleichgültigkeit zu verzehren, als wäre es Brot.

(Fortf. folgt.)

neue aus Proletariern, wenn auch hochentlohnlichen. Das alte Kleinbürgertum lebte vom Besitz der Produktionsmittel, der neue Beamtenstand lebt vom Verkauf der Arbeitskraft. Daß diese hauptsächlich geistige Arbeitskraft durch die hohen Herstellungskosten teurer bezahlt wird, ändert an ihrem ökonomischen Charakter nichts.

Für die Entwicklungstendenzen der Gesellschaft macht dieser ökonomische Unterschied gerade so viel wie alles aus. Der neue Mittelstand hat nicht das geringste Interesse an der Erhaltung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln. Das alte Kleinbürgertum fühlte sich als Privatbesitzer an der Erhaltung der heutigen Eigentumsordnung interessiert und diente daher den Großkapitalisten als Schutzwall gegen die Enteignungsgelüste der roten Umstürzler. Zu dieser Rolle taugen die neuen „Mittelständler“ gar nicht. Ihnen kann völlig egal sein, ob die Großbetriebe einer Aktiengesellschaft oder einem öffentlichen Organ der Gemeinschaft gehören. Sie träumen nicht von einem selbständigen unabhängigen Geschäft; sie wissen, daß sie Beamte bleiben werden und die Vergesellschaftung der Privatbetriebe würde daran nichts ändern. Als die Bourgeoisie ihren Professoren oder der famosen Entdeckung begeistert jubelte, ahnte sie nicht, daß diese ihr eigentlich ein X für ein U vormachten.

Nun gibt es Sozialdemokraten, die in den entgegengesetzten Fehler verfallen, die nur darauf achtend, daß dieser Mittelstand auch in einem Lohnverhältnis steht, ihn als einen Teil des Proletariats betrachten, der sich immer mehr der Sozialdemokratie anschließen wird. Dabei werden jedoch die großen Unterschiede übersehen, die diese Schichten vom eigentlichen Proletariat trennen.

Vor allem ihre behaglichere Lebensstellung. Mag das Wort der vergoldeten Armut darauf passen, so werden sie doch nicht, wie die Arbeiter, durch die unmittelbare Not gezwungen, gegen die herrschende Ordnung anzukämpfen. Der Sozialismus ist keine Lebensfrage für sie. Und nicht weniger als der spontane Kampfestrieb fehlt ihnen die spontane Kampfeskraft. Sie leben und arbeiten nicht wie die Arbeiter zu vielen Hunderten zusammen, sie bilden keine Masse, sondern leben und arbeiten getrennt, jeder für sich oder nur wenige Kollegen zusammen. Und dabei bilden sie nicht eine einheitliche Masse, sondern sie zerfallen in viele übereinander stehende Rangordnungen. Das erschwert ihren gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Nur in einigen Berufen, die sehr zahlreiche gleichgestellte Beamte umfassen, wie bei den Technikern und den Steigern haben sich in der letzten Zeit die Anfänge eines gewerkschaftlichen Kampfes entwickelt.

Dazu kommen starke Kräfte, die diese Klasse von der Sozialdemokratie fernhalten. Aus bürgerlichen und Kleinbürgerlichen Kreisen stammend, bringen sie oft einen Standesdünkel mit, der durch ihr Studium leicht zum Bildungsbübel auswächst. Die alten bürgerlichen Vorurteile finden in ihrer neuen Lebenslage kräftige Nahrung. Für sie trifft es zu, daß ihre geistige Ueberlegenheit, ihr Fachstudium sie davor bewahrt, als Arbeiter ihr Brot verdienen zu müssen. Für sie bekommt das alte Sprichwort, daß jeder seines Glückes Schmied ist, wieder eine neue Gültigkeit; der Tüchtigste und Begabteste kann auf der Leiter der Beamtenstellen immer höher emporklimmen, weil es im Interesse des Profits liegt, die fähigsten Beamten an die leitenden Stellen zu setzen. Damit wird alle Aufmerksamkeit auf das persönliche Fortkommen gerichtet und von dem gemeinsamen Interesse aller abgelenkt. Von der Herrschaft des Proletariats fürchten sie eine rohe Gleichmacherei, die die Gelegenheit des individuellen Aufstiegs zu bevorzugten Stellungen abschneiden und ein bescheidenes Mittelmaß für alle herstellen will.

An geistiger Verfassung und Vorurteilen hat der neue Mittelstand also vieles mit dem früheren Bürgertum gemein. Zwar unterscheidet er sich darin vom heutigen Kleinbürgertum, daß er keine reaktionäre, sondern eine moderne fortschrittliche Klasse ist, die durch die gesellschaftliche Entwicklung stärker wird. Aber wir dürfen uns deshalb nicht der Illusion hingeben, sie werde zur Sozialdemokratie kommen. Für die Kapitalisten wird sie keine Schutzwache, aber für die Arbeiter ebensowenig eine zuverlässige Hilfsarmee sein. Sie wird dem Sozialismus nicht mit der fanatischen Energie des alten Kleinbürgertums entgegenzutreten, aber eine Kraft, die für die Revolution ins Gewicht fällt, wird sie auch nicht sein.

## Aus der Partei.

Heinrich Prinz gestorben.

Er wieder ist einer von den Alten dahingegangen. Genosse Heinrich Prinz in Frankfurt a. M. starb in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag. Als 65-jähriger war Prinz bis vor wenigen Tagen noch rüstig und guten Mutes. Da traf ihn vor 8 Tagen ein Unfall, er stieß in der Dunkelheit an eine Wagenscheibe und zog sich dabei eine innere Verletzung zu. Nach 8-tägigem schmerzhaften Krankenlager starb er. Prinz war neben dem Genossen Fleischmann Frankfurter Parteivorstand und in ihm verkörperte sich ein groß Stück Frankfurter Parteigeschichte sozialistischer Zeit. Als 18-jähriger Schreinerlehrling kam er 1862 nach Frankfurt a. M. und 7 Jahre später machte er sich selbständig. 1868 trat Prinz der sozialdemokratischen Partei bei und als er 1870 eine Wirtschaft eröffnete, bildete diese den Sammelplatz der Frankfurter Genossen. Und in Prinz' Wirtschaft in der Albusgasse war es auch, als am 10. November 1868 38 Genossen, die dort zu einer Versprechung zusammengekommen waren, verhaftet wurden. Diese Verhaftung gab die Grundlage für den großen Geheimbundspioch 1868/67. Unter den Verhafteten war auch Prinz. Ein lange Wochen mußte er mit den übrigen Genossen in dem Gefängnis Klaffenfeld in Untersuchungshaft verbringen. Ende Januar 1867 wurde dann Prinz neben zwei weiteren Genossen nach 6-tägiger Verhandlungsdauer wegen Geheimbündelei zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt; die anderen Genossen kamen mit 4, 2 und 1 Monat weg. Inzwischen wurde Ende 1868 der Kleine Lagerungszustand über Frankfurt a. M. verhängt und der 25. Dezember 1868 sah jenes Schauspiel, das für immer ein Schandmal der deutschen Geschichte bilden wird: die aufsehenerregende Weichnachtsausweisung. 71 Genossen, darunter auch Prinz, traf die Ausweisung, die bis zum Fall des Sozialistengesetzes währte. In der Verbannungszeit hatte sich Prinz in Darmstadt niedergelassen, wo er ein Garrengehilf gründete. Nach Frankfurt zurückgekehrt, betrieb er neben seiner Wirtschaft eine Kollandenfabrik. — Prinz war viele Jahre lang Reichstagskandidat für den Wahlkreis Friedberg-Weinheim und auf mehreren früheren Parteitagungen vertrat er die Frankfurter Genossen. In den letzten Jahren ist Prinz mit Rücksicht auf sein Alter in der Parteibewegung nicht besonders

hervorgetreten. Immerhin nahm er an allen wichtigen Parteiveranstaltungen teil. Im Herbst vorigen Jahres wurde er in das Frankfurter Stadtverordnetenkollegium gewählt. Mit Prinz ist einer der treuesten und wackersten Kämpfer der Partei geschieden. Sein Andenken wird man nicht nur in Frankfurt a. M. ehren.

Die Geldgeber der Monatshefte. Die Genossin Mundt, Geschäftsführerin der sogenannten sozialistischen Monatshefte, ersucht uns um die Aufnahme der folgenden Erklärung:

„Die Verdienste des Genossen Bebel um die Partei hindern mich, ihm mit der Schärfe zu antworten, die ich andern nicht ersparen könnte. Allerdings sollte die Stellung, die Genosse Bebel in der Partei einnimmt, vor allem in h u veranlassen, böswilligen und leichtfertigen Klatsch anderer nicht durch seine Autorität Unterstützung zu leisten. Meine Erklärung über die Zuwendungen, die die sozialistischen Monatshefte von dem verstorbenen Herrn Dallgarten erhalten haben, ist weder durch die Angaben des Genossen Pflügers noch durch die Redereien, die Genosse Bebel wiedergibt, irgendwie erschüttert.“

Es ist unklar, daß ich eine Tour durch verschiedene deutsche Städte gemacht hätte, um Geld für die sozialistischen Monatshefte aufzutreiben. Ich fuhr 1905 nach Wien zum Gewerkschaftstoungreß und besuchte einige im Rheinland wohnende Mitarbeiter der sozialistischen Monatshefte. Dabei kam ich auch nach Frankfurt a. M.

Ich bin nicht mit einer Liste bürgerlicher Politiker dorthin gekommen, sondern in Frankfurt a. M. hat mir der Genosse Alfons Wolf die Namen der Herren genannt, die kurz vorher für das Gewerkschaftshaus in Frankfurt 600 000 Mark gegeben hatten, darunter die Herren Dallgarten, Mertens und Dr. Köhler. Dies war die sogenannte „Liste“.

Von diesen Herren bin ich nur an Charles Dallgarten herangetreten und habe von ihm einen in Verhältnis zu den Zuwendungen an die Gewerkschaften geringfügigen Betrag von 5000 Mark erhalten, resp. ist mir derselbe einige Monate später von ihm zugegangen. Er hat mir persönlich erklärt, daß er keiner Partei angehöre. Von den Frankfurter Genossen, die niemand, daß ich mich an Dallgarten wenden wollte, hat damals niemand behauptet, Dallgarten wäre Mitglied der demokratischen Partei, und niemand hat Bedenken gegen einen solchen Schritt bei ihm erhoben. Ich war also mit dem, was ich darüber in meiner Erklärung in Nummer 130 des Vorwärts gesagt habe, völlig im Recht und kann auch dem Genossen Bebel nicht gestatten, meine Angaben als „Lüge“ und „grobe Unwahrheit“ zu bezeichnen.

Was bei der nächsten Zusammenkunft beim Gaste Wein in der Wohnung des Genossen Wolf, worüber Genosse Dittmann ein Gerücht berichtet, das er von andern gehört haben will, gesprochen worden ist, kann ich nach so vielen Jahren nicht mehr wissen. Es läßt sich deshalb abfolnt nicht feststellen, welche meiner Worte von den Genossen Elbert und Schmidt in so ungläublicher Weise mißverstanden sind, wie Genosse Dittmann sie wiedergibt. Ich kann nur bestimmt erklären, daß es mir nie in den Sinn gekommen ist, dergleichen Torschellen sagen zu wollen.

Was soll man übrigens von einer Besinnungslosigkeit denken, die aus „Rücksicht gegen eine Dame“ sich scheut, rechtzeitig Protest gegen ein Vergehen zu erheben, das als Verstoß der Partei an ihre Gegner ausgelegt werden soll, die aber nicht verschmäht, nach Jahren unkontrollierbares Weintischgeklatsch zwecks Verdächtigung gegen die Ehre derselben Genossin zu verbreiten. Was ist das auch für eine Konsequenz, die nicht dabei findet, wenn das Gewerkschaftshaus mit den Geldern bürgerlicher Philantropen begründet wird, aber scheinheilige Denunziationen erhebt, wenn ein wissenschaftliches Organ von einem derselben Herren unter besonderen Umständen eine Unterstützung annimmt, an die nicht die geringsten Bedingungen geknüpft war.

Der Zweck der Rede ist klar: Sie gereicht ihren Urheberinnen und Förderern nicht zur Ehre, und ist nur geeignet, die Partei zu schädigen. Genosse Pflüger ist schwer krank, konnte sich hierzu nicht äußern und brauchte es auch nicht, weil ich die geschäftlichen Angelegenheiten der sozialistischen Monatshefte bereits seit 1898 führe.“

Nachdem Genosse Bebel in seiner letzten Zuschrift an den Vorwärts angeregt hat, der Parteivorstand möge die Angelegenheit einer Untersuchung unterziehen, dürfen die Parteigenossen wohl erwarten, daß der Vorstand dieser Aufforderung nachkommen wird. Die Frage der bürgerlichen Hintermänner einer Zeitungschrift, die sich selbst als sozialdemokratisches Organ ausweist, ist für die Gesamtpartei zu wichtig, als daß sie sich gegenüber den sehr bestimmten Angaben einer ganzen Reihe von Genossen als „Weintischgeklatsch“ abtum ließe. Im übrigen dürfte die Genossin Mundt mit ihrer Meinung, die finanzielle Unterstützung eines Gewerkschaftshauses durch bürgerliche „Philantropen“ sei nicht anders zu bewerten als die einer angeblich wissenschaftlichen und obendrein sozialistischen Zeitschrift, in der Partei schwerlich auf Zustimmung rechnen. Einen solchen Vergleich kann nur ziehen, wer den tiefgehenden Unterschied zwischen den Aufgaben der Gewerkschafts- und Parteibewegung nicht erfährt hat.

Nachdem die vorstehenden Zeilen bereits gesetzt waren, finden wir im Vorwärts noch eine Erklärung des Genossen Leo K o u s, die im wesentlichen das wiederholt, was in der oben abgedruckten Zuschrift der Genossin Mundt gesagt ist und als neu nur hinzusetzt, daß dem Parteivorstand bereits im September 1908 vom Verlag der Monatshefte angeboten worden sei, Einblick in seine Geschäftsführung und die Einnahmen und Ausgaben zu nehmen, der Vorstand habe aber ein Eingehen auf das Angebot kurzweilig abgelehnt. Wir haben auch nach dieser Erklärung des Genossen Krous keinen Anlaß, an der oben ausgesprochenen Meinung etwas zu ändern.

Sozialdemokraten sind minderen Rechts. In der zum „Freistaat“ üblich gehörigen Dorfgemeinde M o s t i n g besteht die überwiegende Mehrzahl der Einwohner aus Sozialdemokraten. Vor etwa Jahresfrist schied ein Mitglied des Gemeindevorstandes aus; eine Neuwahl zeitigte das Resultat, daß der Genosse Meyer mit übergroßer Mehrheit gewählt wurde. Das Stadt- und Landamt zu Lübeck verweigerte die Bestätigung. Unsere Genossen aber stellten Meyer wieder auf und mit noch größerer Stimmenzahl siegte er. Zum zweiten Male — nachdem sich derselbe Vorgang nochmals abgepielt hatte — auch zum dritten Male blieb die Bestätigung aus, natürlich immer ohne Angabe von Gründen. Da nun die Landgemeindeordnung nicht vorsah, was im wiederholten Falle der Nichtbestätigung zu geschehen hat, beantragte der Senat bei der Bürgerchaft eine Abänderung der Gemeindeordnung, dahingehend, daß im Falle der dreimaligen Nichtbestätigung eines Mitgliedes des Gemeindevorstandes dem Stadt- und Landamt ohne weiteres das Ernennungsrecht eingeräumt werde. Nach bestiger Debatte beschloß die reaktionäre Bürgerchaftmehrheit in Lübeck demgemäß. Vom Senatliche wurde erklärt, daß man Sozialdemokraten nicht prinzipiell die Bestätigung verweigern, wohl aber sozialdemokratischen Agitatoren. Nebenbei bemerkt, ist Genosse Meyer selbst nach bürgerlichem Zeugnis kein Agitator; er ist niemals öffentlich hervorgetreten. Die Weislinger Genossen stellten nun den Gastwirt Schiering auf, der zwar Mitglied der Partei ist, sich aber noch niemals öffentlich betätigt hat. Schiering wurde ebenfalls mit überwiegender Mehrheit gewählt. Nach mehreren Monaten kommt nun die Nachricht, daß auch Schiering nicht bestätigt ist. Gründe werden nicht angegeben. Zum fünften und letzten Male hat jetzt am 4. Juli die Bürgerchaft von Weisling zur Wahl zu gehen. Wählt sie nun wiederum einen dem Stadt- und Landamt nicht genehmen Genossen — und das